



ISRAEL

„Zehn Familien kontrollieren uns“

Demonstranten-Camp in Tel Aviv

URIEL SINAI / GETTY IMAGES



AMIT SHABI / LAIF

Nitzan Horowitz, 46, Abgeordneter der linken Merez-Partei, über die Demonstrationen in Tel Aviv

SPIEGEL: Als die Proteste begannen, ging es vor allem um die hohen Mieten. Inzwischen beteiligen sich auch Eltern, Angestellte und Taxifahrer. Wie erklären Sie diesen Aufschrei der Mittelschicht?

Horowitz: Von außen betrachtet geht es uns gut: geringe Arbeitslosigkeit, großes Wachstum, ein im Durchschnitt hohes Lohnniveau. Aber das ist Statistik. In Wirklichkeit verdienen die meisten Leute sehr viel weniger, es gibt wenige extrem Reiche und sehr viele Arme. Und die können kaum auf Sozialleistungen hoffen. Gleichzeitig ist alles sehr teuer: Kindergärten, Bildung, Mieten, Lebensmittel. Wenn wir ein fast so hohes Pro-Kopf-Einkommen haben wie in Frankreich, dann wollen wir auch Sozialleistungen wie in Frankreich, sagen die Leute.

SPIEGEL: Fließt zu viel Geld in die Armee, die Siedlungen, die Besatzung?

Horowitz: Das sind sicher einige der Gründe. Aber entscheidend ist, dass Israel durch eine Phase der Privatisierung ging und jetzt höchstens zehn Familien unsere Wirtschaft kontrollieren.

SPIEGEL: Eine neue Partei, die sich der sozialen Ungleichheit annimmt, könnte laut Umfragen ein Sechstel der Sitze in der Knesset gewinnen. Erholt sich die totgesagte israelische Linke wieder?

Horowitz: Selbst wenn die Zelte der Protestierenden in ein paar Wochen verschwinden sollten, bleibt das neue Bewusstsein. Diese Bewegung hat einen sehr großen Einfluss, das wird viel verändern.

SPIEGEL: Der Friedensprozess ist bisher kein Thema?

Horowitz: Die Leute machen sich Sorgen um ihr eigenes Leben, und das ist in Ordnung. Aber wenn wirklich eine sozialdemokratische Bewegung entsteht, wird sie sich auch für einen Ausgleich mit den Palästinensern einsetzen.

JAPAN

Steuergeld für Opfer

Bauern und Fischer aus der Region um das Katastrophen-AKW Fukushima verlangen vom Betreiber Tepco schnelle Entschädigung. Um Druck zu machen, trieb ein Bauernverband Kühe vor die Tepco-Zentrale in Tokio, wo 40-stöckige Hochhäuser stehen. Einwohner und Unternehmen aus der Evakuierungszone sollen bislang insgesamt über 900 Millionen Euro erhalten haben, pro Haushalt rund 8000 Euro.



Protestierende Bauern vor der Tepco-Zentrale

KYODO NEWS / ACTION PRESS

Über 80 000 Menschen waren gezwungen, ihr Zuhause zu verlassen, Zehntausende flohen aus eigenem Antrieb. Sie kämpften ebenfalls um Entschädigung. Das japanische Parlament beschloss jetzt ein Gesetz, wonach die Forderungen zumindest zum Teil mit Steuergeld bezahlt werden sollen. Der Staat stellt zunächst 18 Milliarden Euro für einen Fonds, in den Tepco und alle anderen japanischen Energieversorger jährlich einzahlen. Die Regierung übernehme mit dem Gesetz die „soziale Verantwortung“ für die Unterstützung der Atomenergie.